



# Geschlossene Grenzen zur Steuerung der Migration?

Von Michael Wendl | 07.12.2018 (editiert am 10.12.2018)

Die Vorstellung, der Nationalstaat könne einheimische Arbeitskräfte vor Zuwanderung schützen, ist naiv. Will er doch die Verwertungschancen des nationalen Kapitals durch das Überwinden von nationalen Handelsschranken verbessern.

In der aktuellen Debatte über die Folgen von Flucht und Migration für die aufnehmenden Zielländer wird darauf hingewiesen, dass Zuwanderung von Arbeitskräften den Interessen des Kapitals bzw. der Unternehmen entspricht. Diese Aussage ist trivial, weil Kapital Arbeitskräfte benötigt. Sie ist aber kein Argument dafür, dass Migration eingeschränkt oder gar verhindert werden soll. Tarifverträge und Mitbestimmung sind auch mit den Interessen des Kapitals vereinbar und nur ultra-orthodoxe Leninisten lehnen sie deshalb ab. Der Hinweis, dass die Zuwanderung von Arbeitskräften dem Kapital nutzt, versucht aus dieser Trivialität ein Instrument der Diskreditierung anderer, eher „migrationsoffener“ Linker zu machen.

Auch die gelegentlich vertretende Behauptung, die Migration werde von Kapital und Politik geplant, beruht auf der Fehlannahme, dass potenzieller Nutzen intendiert sei. Dahinter steht die neoklassische Konstruktion der Akteure als nutzenmaximierende Individuen. Flucht und Migration gehen in der Regel zunächst von den Flüchtlingen und Migranten und den hinter ihren Handlungen stehenden verschiedenen Migrationsursachen aus, die zu Vertreibung, Flucht und Migration führen oder zwin-

gen.

Dass verschiedene Fraktionen des Kapitals Zuwanderung politisch und ideologisch unterstützen, weil sie bei gegebener Qualifikation billigere Arbeitskräfte suchen, ist evident. Dass Regierungen und politische Parteien die Zuwanderung von Arbeitskräften unterstützen, basiert nicht nur darauf, dass sie Unternehmensinteressen vollziehen, sondern dass sie aus demografischen Gründen selbst ein Interesse an der Zuwanderung geeigneter Arbeitskräfte haben.

Trotzdem entspringt die Migration nicht einem strategischen „Plan“ des Kapitals. Kapitalisten entscheiden nach einzelwirtschaftlichen Motiven, aber sie werden bei ihren Entscheidungen auch von politischen Einstellungen und Wertorientierungen geprägt, die man als weltoffen oder kosmopolitisch bezeichnen kann. Auf Seiten der Linken heißt diese Wertorientierung dann internationalistisch.

Migrationsoffen eingestellte Linke verstehen sich daher explizit nicht als Unterstützer von Kapitalinteressen, auch wenn das ihnen vorgeworfen wird. Sie können einer solchen Kritik elegant mit dem Hinweis antworten, dass sie in internationalen und nicht borniert nationalen Zusammenhängen denken. Entscheidend ist, welche Schlüsse man aus dieser internationalen Perspektive zieht, in der Arbeitskräftewanderungen und Fluchtbewegungen gesehen werden.

Im Gegensatz zu diesem Hinweis auf die Interessen des Kapitals nach einer verstärkten Zuwanderung von Arbeitskräften steht die ausländer- und migrationsfeindliche Haltung der rechten aber wirtschaftsliberalen Parteien, wie der AfD, dem rechten Flügel der Unionsparteien oder der FPÖ in Österreich. Das zeigt, dass die politischen Einstellungen zur Migration nicht nur von ökonomischen Nutzenkalkülen bestimmt werden, sondern es hier fremdenfeindliche Wertorientierungen gibt, die sich davon nicht oder nur wenig beeinflussen lassen.

## Flucht und Migration gibt es vor dem Kapitalismus

Vor dem Kapitalismus und der Herstellung des Weltmarkts waren Flucht, Vertreibung und Zuwanderung Folgen politischer und religiöser Unterdrückung beziehungsweise von Hungersnöten. Erst mit dem Kolonialismus beginnt eine systematische Erschließung der Weltwirtschaft und die gewaltsame Unterwerfung von zusätzlichen Arbeitskräften durch den Sklavenhandel. Das waren gewaltsame Formen von Arbeitskräftemigration durch europäische und arabische Gesellschaften. Auch heute noch sind häufig Elend und ethnische, religiöse oder politische Verfolgung Flucht- oder Migrationsursachen.

Die historische Entwicklung und Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse hat die Armutsmigration deutlich verstärkt. Vom 15. bis zum 17. Jahrhundert vollzieht sich die „Expropriation des Landvolks von ihrem Grund und Boden“, also die von Marx analysierte Trennung und Enteignung der Kleinbauern von ihren Produktionsmitteln. Diese „ursprüngliche Akkumulation“ führt zu einer gewaltigen Migration in die Städte, in denen bereits kapitalistisch produziert wurde.

Vertreibung und Migration waren die Folge der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, das Kapital kam „von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend“ zur Welt (Marx-Engels-Werke Bd.23;788). Marx meinte das weniger normativ als analytisch, weil er ebenso wie in

der Analyse der Folgen der Zuwanderung irischer Arbeiter in den englischen Arbeitsmarkt die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse verfolgt hatte. Seine Kritik zielte auf die unmenschlichen Bedingungen, die diese Prozesse kennzeichneten – aber sie waren für ihn notwendige Folgen der Durchsetzung dieser Verhältnisse.

## Die Rolle des Weltmarkts

Mit der Erschließung des Weltmarkts für die kapitalistische Produktionsweise wächst die Arbeitskräftemigration durch Zuwanderung formal freier Menschen und einen weiter anhaltenden Sklavenhandel. Zugleich kommt es zu großen Migrationsprozessen innerhalb kapitalistischer Gesellschaften durch die schrittweise Erosion landwirtschaftlicher und nicht-kapitalistischer Produktionsweisen. Die Durchsetzung des doppelt freien Lohnarbeiters (Marx) markiert die ökonomischen wie rechtlichen Voraussetzungen für die Ausweitung und Internationalisierung der kapitalistischen Gesellschaften. Die Mobilität von Arbeitskräften ist eine notwendige „Bewegungsform“ des Verhältnisses und des Gegensatzes von Kapital und Arbeit. Fakt ist, dass dadurch die bereits bestehende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verstärkt wird.

Erst mit dem Aufbau nationaler Systeme der sozialen Sicherung und dem Beginn der Regulierung von Arbeitsmärkten (in Deutschland zu Beginn der 1880-er Jahre stellt sich die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland als nationales politisches Problem – und zwar als Suche nach dem Geltungsbereich nationaler Systeme der sozialen Sicherung (Sozialstaat).

## Migration vom Süden zum Norden

Zugleich beginnt mit dem Ende des Kolonialismus eine große Arbeitskräftewanderung aus den ehemaligen Kolonien in ihre Regimeländer. Dieser Prozess setzt sich mit der weiteren Internationalisierung der kapitalistischen Produktion und der forcierten Ausbeutung von Arbeitskräften und Ressourcen in den Gesellschaften der früheren Entwicklungsländer fort.

Dabei sehen wir unterschiedliche Wege der Integration früherer Kolonialgesellschaften in die Weltwirtschaft. Bestimmte ostasiatische Gesellschaften („Tigerstaaten“) hatten nach dem Ende des zweiten Weltkriegs bis zum Ende des Abkommens von Bretton Woods andere industrie- und handelspolitische Möglichkeiten genutzt, eine eigene, nationale Wirtschaft auszubauen und somit eigene Entwicklungsperspektiven zu schaffen.

Doch mit flexiblen Wechselkursen, einem weitgehend unregulierten Weltmarkt und freien Kapitalmärkten und dem Übergang zu Wettbewerbsstaaten, die gegeneinander um Investitionen konkurrieren und dafür die für das investierende Kapital günstigsten Rahmenbedingungen zu schaffen versuchen, wird ein eigener industriepolitischer Entscheidungsrahmen weitgehend eingeschränkt. Auch das verstärkt Migrationsprozesse.

## Grenzen des Nationalstaates

Die Vorstellung, der Nationalstaat könne die einheimischen Arbeitskräfte vor der Zuwanderung innerhalb eines prinzipiell grenzenlosen internationalen kapitalistischen Systems schützen, ist naiv. Der

gleiche Nationalstaat ist bemüht, die Verwertungschancen des nationalen Kapitals durch das Überwinden von nationalen Handelsschranken, also durch Freihandelsabkommen, zu verbessern.

Das zeigt die Ambivalenz der Migration: Exportgetriebene Gesellschaften schaffen und verstärken Migrationsprozesse, weil sie Arbeitslosigkeit „exportieren“ und dadurch Deindustrialisierung verstärken. Die relative Beschäftigungssicherheit der Kernbelegschaften der deutschen Exportindustrie basiert auf der Unsicherheit der Beschäftigten in anderen Regionen Europas und der Welt. Die relativ niedrigen Löhne in Deutschland führen zum Druck auf den Binnenmarkt und dort wiederum auf die niedrigen Dienstleistungslöhne, weil die effektive Nachfrage gering ist. Allerdings hängt der faktisch wirkende Lohndruck auf dem deutschen Arbeitsmarkt im Wesentlichen von anderen Faktoren ab als der Zuwanderung von Arbeitskräften.

Andererseits wird von Teilen der Beschäftigten – die an den ökonomischen Erfolgen des deutschen Handelsmerkantilismus partizipieren – erwartet, dass der Nationalstaat die durch die Deindustrialisierung ausgelöste Migration verhindert, um die einheimischen Arbeitskräfte vor den nationalen Folgen der einer verfehlten Exportorientierung oder Beggar thy Neighbour-Politik zu schützen. Doch das deutsche Modell eines Handelsmerkantilismus kann nur mit offenen Grenzen für Waren und Arbeitskräfte funktionieren. Angemessener als ein Stopp der Migration ist hier eine internationale Clearing Union (Keynes)[\[1\]](#), die hohe Leistungsbilanzsalden verhindert. Zugleich muss der internationale Handel wieder politisch reguliert werden.

## Die Aufgaben des Nationalstaats

Deshalb greifen Vorstellungen, die inneren Arbeitsmärkte quasi zu umzäunen, in einer internationalen Ökonomie systematisch zu kurz. Wir haben in den 1980/90-er Jahren in Deutschland registrieren müssen, dass im Übergang zum Wettbewerbsstaat auch der stark regulierte öffentliche Arbeitsmarkt geöffnet wurde und insbesondere die weniger qualifizierten Arbeitskräfte massive Verschlechterungen ihrer Arbeits- und Entgeltbedingungen hinnehmen mussten.

Unabhängig von der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte und vor der Osterweiterung der Europäischen Union sehen wir in Deutschland eine ausgeprägte Lohnzurückhaltung ab 1996 (also weit vor dem Höhepunkt der Zuwanderung 2015/16), die von den Gewerkschaften angeboten war, weil fälschlicherweise die internationale Wettbewerbsposition der deutschen Unternehmen für gefährdet gehalten wurde und Lohnzurückhaltung als Instrument der Beschäftigungssicherung missverstanden wurde.

Insofern kann die Migration nicht als wichtige Ursache des Lohndrucks, der Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Dekommodifizierung der Arbeitskräfte gesehen werden. Sie spielt bei der Entwicklung auf den Arbeitsmärkten eine eher sehr unterschiedliche Rolle[\[2\]](#). Dass es den deutschen Gewerkschaften ab 2012 wieder gelungen ist, auf den Weg einer produktivitätsorientierten Tarifpolitik zurückzufinden, ist ebenso wenig ein Resultat einer rückläufigen Arbeitskräftemigration. Diese gab es in diesem Zeitraum von 2012 bis 2018 gerade nicht.

Es stellt sich daher die Frage, wie Migrationsursachen und Migrationsprozesse politisch dergestalt reguliert werden können, dass einerseits der Migrationsdruck in den abhängigen Gesellschaften

zurückgeht und andererseits ein zusätzlicher Lohndruck auf den Arbeitsmärkten in den Aufnahmeländern verhindert wird. Das wird möglich mit einem höheren gesetzlichen Mindestlohn und der Aufhebung beziehungsweise Einschränkung der verschiedenen Formen von prekärer Arbeit. Im Prinzip gilt die Notwendigkeit einer stärkeren politischen Regulierung auch für die Wohnungsmärkte und für den Bau neuer Wohnungen.

Was die Arbeitsmärkte betrifft, so bietet sich die Einrichtung von Arbeitskammern wie in Österreich an, die versuchen, Arbeits- und Migrationspolitik miteinander zu verbinden. Unter dem Strich erhöht das die fiskalischen Kosten der Migration. Damit stellt sich die Frage, wie die Finanzierung dieser Kosten verteilt werden kann. Eine Frage, für die es innerhalb kapitalistischer Gesellschaft wie Deutschland und der Europäischen Union ausreichende politische und finanzielle Handlungsspielräume gibt. Eine zentrale Aufgabe ist dabei die Einschränkung und politische Regulierung des Welthandels und der Wechselkurse.

Die Systemfrage muss dafür – anders als viele Linke glauben – nicht gestellt werden. Es ist auch ein Trugschluss, anzunehmen, dass Vertreibung und Migration nur dem Kapital nutzen. Dabei geht es nicht nur um die Effekte auf die demografische Entwicklung alternder Gesellschaften, sondern auch um die kulturelle Bereicherung, die Gesellschaften lebenswerter machen können. Nicht zuletzt geht es auch um Solidarität, die Vertriebenen entgegengebracht wird. Auch das gehört zu einer lebenswerten Gesellschaft.

---

**[1] Keynes verstand darunter eine globale Institution, die durch Strafzahlungen zu hohe Leistungsbilanzüberschüsse verhindern sollte. Er konnte sich mit diesem Vorschlag beim Abkommen von Bretton Woods 1944 nicht durchsetzen.**

**[2] Der Stand der empirischen Forschung ist, dass Lohndruck durch Migration bei wenig qualifizierten Arbeitskräften eine Rolle spielt. Hier können wir aber nicht unterscheiden zwischen der Deregulierung durch Arbeits- und Sozialrecht, die im Niedriglohnbereich unter der Propagandaformel der Beschäftigungsförderung schon 1985 begonnen und in den 1990-er und 2000-er Jahren forciert wurde. Wir haben bei den 4 unteren Dezilen der abhängig Beschäftigten seit 1991 einen ausgeprägten Lohndruck nach unten, der nicht mit dem Zuwachs der Migration erklärt werden kann.**

Veröffentlicht am: 07.12.2018 | Editiert am: 10.12.2018

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2018/12/geschlossene-grenzen-zur-steuerung-der-migration/>



## Sind No-Border-Linke Lakaien des Kapitals?

Von Norbert Häring | 14.12.2018 (editiert am 16.12.2018)

Man kann argumentieren, dass Deutschland und andere Industrieländer Schuld daran tragen, dass andere Länder so arm bleiben. Aber weder sind die Leidtragenden offener Grenzen diejenigen, die profitiert haben, noch sind offene Grenzen ein sinnvolles Mittel zur Entwicklung der armen Länder.

Michael Wendl, ein langjähriger Gewerkschaftsfunktionär und Politiker von SPD, Linke und jetzt wieder SPD, hat auf Makroskop eine Erwiderung auf die Kritik geschrieben, Open-Border-Linke bedienen die Interessen des Kapitals an billigen Arbeitskräften. Da ich diese Kritik vertrete, habe ich seinen Text mit großem Interesse gelesen, in der Hoffnung, die Gegenseite besser verstehen zu lernen.

Meine Argumente gegen offene Grenzen für alle sind, sehr kurz gefasst: Das internationale Wohlstandsgefälle ist sehr groß und es gibt hunderte Millionen Menschen, die sich begründete Hoffnung auf ein besseres Leben in Deutschland machen könnten, wenn sie legal und einfach einreisen und hier arbeiten dürften. Das würden die Sozialsysteme nicht aushalten und die Löhne vor allem im unteren Bereich würden massiv gedrückt. Das Kapital und gut verdienende Arbeitnehmer würden (materiell) profitieren, die unteren Schichten würden darunter leiden. Außerdem würde es den Herkunftsländern schaden, die zuerst ihre am besten ausgebildeten Arbeitnehmer verlieren würden.

Solchen Argumenten entgegnet Wendl in seinem Beitrag [„Geschlossene Grenzen zur Steuerung der Migration?“](#) kurz gefasst:

„Die Vorstellung, der Nationalstaat könne einheimische Arbeitskräfte vor Zuwanderung schützen, ist naiv. Will er doch die Verwertungschancen des nationalen Kapitals durch das Überwinden von nationalen Handelsschranken verbessern.“

Das ist noch nicht ohne weiteres verständlich, deshalb die ausführlichere Variante. Er schreibt:

„Der Hinweis, dass die Zuwanderung von Arbeitskräften dem Kapital nutzt, versucht aus dieser Trivialität ein Instrument der Diskreditierung anderer, eher migrationsoffener' Linker zu machen.“

Dass Zuwanderung von Arbeitskräften dem Kapital nutzt, sei eine Trivialität, weil Arbeitgeber eben Arbeitskräfte brauchen. Es gebe aber vieles, was dem Kapital nutzt, und trotzdem müsse man nicht dagegen sein. So seien auch Tarifverträge und Mitbestimmung „mit den Interessen des Kapitals vereinbar“ und trotzdem würden nur ganz dogmatische Linke darin einen Grund sehen, gegen Mitbestimmung und Tarifverträge zu sein.

Das ist kein guter Start. (Billige) Arbeitskräfte sind, wie Wendl richtig schreibt ein elementares Bedürfnis der Arbeitgeber. Mit Tarifverträgen und Mitbestimmung können sie sich arrangieren, manche auch ganz gut. Viele ausländische Arbeitgeber, die in Deutschland aktiv sind, empfinden beides als ziemliche Zumutung. Auch viele deutsche Arbeitgeber sind sehr emsig und seit den Hartz-Gesetzen auch mit breitem Erfolg bemüht, die Tarifbindung auf eine kleine Kernbelegschaft zu begrenzen. So zu tun, als wären Tarifverträge und Mitbestimmung ähnlich wie Arbeitskräftezuwanderung vor allem im Interesse der Arbeitgeber, ist weit unter dem Niveau eines Gewerkschafters. Arbeitskräftezuwanderung in großem Umfang drückt die Löhne der Arbeitnehmer, was einen direkten Interessengegensatz zu den Arbeitgebern darstellt. Bei Tarifverträgen und Mitbestimmung herrscht bestenfalls Interessensharmonie, auf keinen Fall aber ist es etwas, was Arbeitgeber wider die Interessen der Arbeitnehmer durchsetzen möchten.

Wendl räumt ein:

„Dass verschiedene Fraktionen des Kapitals Zuwanderung politisch und ideologisch unterstützen, weil sie bei gegebener Qualifikation billigere Arbeitskräfte suchen, ist evident.“

Aber dann:

„Trotzdem entspringt die Migration nicht einem strategischen Plan' des Kapitals. Kapitalisten entscheiden nach einzelwirtschaftlichen Motiven, aber sie werden bei ihren Entscheidungen auch von politischen Einstellungen und Wertorientierungen geprägt, die man als weltoffen oder kosmopolitisch bezeichnen kann.“



Das sind zwei begründungslose Behauptungen und noch dazu sehr naive. Kapitalisten agieren eben nicht nur einzelwirtschaftlich. Sie vertreten auch sehr effektiv und planvoll gemeinsame Interessen, zum Beispiel im Rahmen des Weltwirtschaftsforums mit seinen vielen hochkarätigen Arbeitsgruppen zu allen für die Kapitalisten wichtigen Themen. Jedes Jahr pilgern Dutzende der wichtigsten Regierungschefs der Welt zu den Davoser Treffen des Forums, um den Mächtigen ihre Aufwartung zu machen. [Hier](#) habe ich z.B. dargestellt, welche Rolle das Weltwirtschaftsforum beim (Arbeitskräfte-)Migrations(förderungs)pakt gespielt hat. Und was soll man mit der Behauptung anfangen, die Arbeitgeber hätten zwar ein starkes ökonomisches Interesse an Zuwanderung, sie förderten sie aber nicht deswegen, sondern aus weltanschaulichen Gründen, weil sie Internationalisten sind? Das ist so plump, dass es nicht einmal als Propaganda taugt.

Wendl bleibt dieser Naivität treu. Die Vorstellung, Migration werde von Kapital und Politik geplant, beruhe auf der Fehlannahme, dass potenzieller Nutzen intendiert sei. Flucht und Migration gingen aber von den Flüchtlingen und Migranten und den Migrationsursachen aus. Als ob es hier einen Widerspruch gebe. Migrationsursachen wird es auf absehbare Zeit reichlich geben. Man kann also ohne weiteres den Nutzen des Kapitals aus der Migration intendieren und absichtsvoll steigern, indem man Zuwanderung erleichtert. Dass die Migrationsursachen gleich mitgeplant und absichtsvoll geschaffen werden, ist dafür nicht nötig.

Mit seiner bis hierher sehr fragwürdigen Argumentation will Wendl gezeigt haben, dass „migrationsoffen eingestellte Linke“ sich mit gutem Recht „explizit nicht als Unterstützer von Kapitalinteressen“ verstehen. Sie könnten einer solchen Kritik „elegant“ mit dem Hinweis antworten, dass sie in internationalen und nicht borniert nationalen Zusammenhängen denken. Entscheidend ist, so Wendl, welche Schlüsse man aus dieser internationalen Perspektive zieht.

Letzterem lässt sich ohne Weiteres zustimmen. Hierzu etwas zu lernen habe ich gehofft.

Zunächst aber kommt ein historischer Exkurs, den ich so lese als würde Wendl damit seiner bisherigen Argumentation den Boden entziehen. Er beschreibt, wie das Landvolk zum Beginn des Kapitalismus – planmäßig, wie man hinzufügen darf – von seinen Produktionsmitteln getrennt, also enteignet wurde, damit es als billige Arbeitskräfte für die Industriellen zur Verfügung stand.

Schließlich kommt die Erläuterung, warum es naiv sei, darauf zu hoffen, der Nationalstaat könne Arbeitnehmer vor Zuwanderungskonkurrenz schützen. Denn der gleiche Nationalstaat sei „bemüht, die Verwertungschancen des nationalen Kapitals durch das Überwinden von nationalen Handelsschranken, also durch Freihandelsabkommen, zu verbessern.“

Der Nationalstaat ist hier ein Monolith, der offenbar einzig und unabänderlich im Interesse des Kapital handelt. Das ist eine ziemlich extreme Sichtweise, die alles, was wir auf nationale Ebene an Demokratie haben, zur reinen Show erklärt. Dagegen spricht, dass es doch sehr unterschiedliche nationale Systeme gibt, bei denen sich die unteren Klassen und Schichten sehr unterschiedlich gut stellen. Manche Länder haben den Migrationsförderungspakt abgelehnt, andere haben mitgemacht. Die SPD hatte die Wahl, ein liberales Einwanderungsgesetz durchzusetzen, oder es eben auch zu lassen. Ohne die kapitalfreundlichen Argumente der No-Border-Linken und -Grünen würde sie sich auch kaum trauen, diesen Gesetzentwurf als Erfolg zu feiern, explizit mit dem Verweis auf Arbeitge-



berinteressen. Solche Perversionen bringt die No-Border-Argumentation bereits hervor.

Trotzdem wollen wir probierhalber die monolithische Sicht des Nationalstaats als reinem Vertreter von Arbeitgeberinteressen annehmen und dem gegenüberstellen, was Wendl – und wohl allgemein die Open-Border-Linke – stattdessen im Sinn hat. Angemessener als ein Stopp der Migration sei eine internationale Clearing Union, die hohe Leistungsbilanzsalden verhindert. Zugleich müsse der internationale Handel wieder politisch reguliert werden.

Ich finde in Wendls Text keinen Hinweis darauf, welche Institutionen aus welchen Motiven heraus das tun sollten. Die (Regierungen der) Nationalstaaten sind trotz Wahlen, Verfassungen, Gerichten und all dem Pipapo für Wendl reine Interessenwahrer des Kapitals. Deshalb soll man lieber darauf vertrauen, dass ebendiese Regierungen aus unbekanntem Gründen sich weltweit zusammenschließen und sich auf alles Mögliche aus keynesianischer und Arbeitnehmersicht wünschenswerte einigen. Wenn es eine Ebene gibt, auf der Kapitallobbies wie das Weltwirtschaftsforum ihre Interessen ungestört von demokratischem Störfeuer einbringen und verwirklichen können, dann ist das die internationale Ebene.

Warum der Nationalstaat nicht die richtige Ebene ist, erklärt Wendl verengt auf Deutschland mit seinem riesigen Exportüberschuss. Ob und inwieweit die Argumentation auch für die Mehrheit der kapitalistischen Länder ohne großen Leistungsbilanzüberschuss gilt, wird nicht klar. Aber die Argumentation taugt eh nicht, nicht einmal für Deutschland.

Für Wendl ist der Wunsch der Arbeitnehmer, vom Nationalstaat gegen Zuwanderungskonkurrenz geschützt zu werden „ambivalent“, was man wohl mit in sich widersprüchlich oder heuchlerisch übersetzen soll. Denn:

“Exportgetriebene Gesellschaften schaffen und verstärken Migrationsprozesse, weil sie Arbeitslosigkeit ‘exportieren’ und dadurch Deindustrialisierung verstärken. Die relative Beschäftigungssicherheit der Kernbelegschaften der deutschen Exportindustrie basiert auf der Unsicherheit der Beschäftigten in anderen Regionen Europas und der Welt. Die relativ niedrigen Löhne in Deutschland führen zum Druck auf den Binnenmarkt und dort wiederum auf die niedrigen Dienstleistungslöhne, weil die effektive Nachfrage gering ist. (...) Andererseits wird von Teilen der Beschäftigten – die an den ökonomischen Erfolgen des deutschen Handelsmerkantilismus partizipieren – erwartet, dass der Nationalstaat die durch die Deindustrialisierung ausgelöste Migration verhindert, um die einheimischen Arbeitskräfte vor den nationalen Folgen der einer verfehlten Exportorientierung zu schützen. Doch das deutsche Modell eines Handelsmerkantilismus kann nur mit offenen Grenzen für Waren und Arbeitskräfte funktionieren.“

Aber warum soll der Handelsmerkantilismus mit nur begrenzt offenen Grenzen für Arbeitskräfte, zum Beispiel nur für EU-Bürger, nicht funktionieren können. Er hat schon sehr lang so funktioniert. Es sind auch nicht die gut verdienenden, vom Merkantilismus direkt profitierenden Arbeitnehmer der Export-

branchen, die vor Zuwanderung geschützt werden wollen. Es sind vor allem die schlecht bezahlten Arbeitnehmer der Dienstleistungsbranchen. Sie sind es, mit denen Zuwanderer vor allem konkurrieren, und sie sind auch nach Wendls eigener Analyse diejenigen, deren Löhne als Teil der merkantilistischen Strategie gedrückt worden sind.

Es passt alles vorne und hinten nicht zusammen. Der Merkantilismus braucht keine offenen Grenzen für Arbeitnehmer und diejenigen Arbeitnehmer, die vor massiver Zuwanderungskonkurrenz geschützt werden wollen, sind nicht schizophren und haben keine spezielle Schuld auf sich geladen, die sie nun dadurch abtragen müssten, dass sie klaglos die Folgen offener Grenzen für alle Migrationswilligen ertragen. Man kann schon argumentieren, dass Deutschland und andere Industrieländer ein gerüttelt Maß an Schuld daran tragen, dass andere Länder so arm bleiben. Aber weder sind die Leidtragenden offener Grenzen diejenigen, die vor allem profitiert haben, noch sind offene Grenzen ein sinnvolles Mittel zur Entwicklung der armen Länder, aus denen die Migranten massenhaft kommen würden.

Zum Schluss bringt Wendl noch ein paar Hilfsargumente. So habe es in Deutschland, in Komplizenschaft mit den Gewerkschaften, Lohndrückerei lange vor der Masseneinwanderung gegeben. Masseneinwanderung sei also nicht der Grund für Lohndruck. Das Einmaleins der Logik sagt lediglich, dass Zuwanderung offenbar nicht der *einzig*e Grund für Lohndruck ist, was auch niemand behauptet

Dann fragt Wendl aber doch noch, was getan werden müsse, damit Massenzuwanderung nicht zu Lohndruck in den Zielländern führt, und dass der Abwanderungsdruck in den Herkunftsländern nachlässt. Für Ersteres empfiehlt er Arbeitskammern wie in Österreich einzurichten. Ein guter Vorschlag, aber in diesem Zusammenhang vielleicht doch etwas possierlich. Außerdem sollte der Mindestlohn erhöht werden. Allerdings hat sich Deutschland gerade im von den No-Border-Linken unterstützten Migrationspakt dazu verpflichtet, allen Zuwanderern diskriminierungsfreien Zugang zum Sozialsystem zu gewähren. Das wird teuer. Sehr teuer. Da wird es politisch sehr, sehr schwierig werden, den Mindestlohn deutlich zu erhöhen und hoch zu halten, wenn dadurch massenhaft Zuwanderer auf die Sozialhilfe verwiesen werden.

Die hohen Kosten sieht auch Wendl. Er schreibt aber unerschrocken, die Finanzierung sei „eine Frage, für die es innerhalb kapitalistischer Gesellschaft wie Deutschland und der Europäischen Union ausreichende politische und finanzielle Handlungsspielräume gibt.“ Mit anderen Worten: Geld spielt keine Rolle.

## Fazit

Der Text von Wendl hat leider nichts dazu beigetragen, dass ich mehr Verständnis und Respekt für Haltung und Argumente der No-Border-Linken entwickeln könnte. Im Gegenteil. Durch Auslassung verwischt er die Traglast der Kosten der Zuwanderung. Gleichzeitig weist er auch noch denen, die ohnehin schon die Hauptlast der merkantilistischen Lohndrückerei in Deutschland zu tragen haben, den Niedriglohnbeschäftigten im Dienstleistungsbereich, eine moralische Verantwortung zu, diese Last stellvertretend für das gesamtschuldige Deutschland zu tragen. Das erreicht er, indem er sie zu Profiteuren des Merkantilismus stilisiert. Das ist eine Verhöhnung der untersten Schichten der Arbeitneh-

mer, ausgerechnet durch einen sich marxistisch gebenden Soziologen und langjährigen Gewerkschafter.

*Der Artikel erschien zuerst auf dem [Blog von Norbert Häring](#).*

Veröffentlicht am: 14.12.2018 | Editiert am: 16.12.2018

Erschienen unter: <https://makroskop.eu/2018/12/sind-no-border-linke-lakaien-des-kapitals/>



## Lakaien eines politischen Machtkampfs?

Von Michael Wendl | 18.12.2018

Dass wir in der Frage der Migration inzwischen eine hochgradig ideologisierte und polarisierte Debatte haben, ist keine Überraschung. Dass sie auch in MAKROSKOP in dieser Weise stattfindet aber überrascht, weil es sich gerade in ökonomischen Fragen als Wissenschaftspublikation versteht.

Ich habe in meinem [letzten Beitrag](#) zu diesem Thema mit keinem Wort die No border-Ideologie verteidigt, sondern nur darauf hingewiesen, dass das Kapital in der Frage der Arbeitskräftezuwanderung keine Lakaien, [wie es Häring formuliert hat](#), benötigt.

Interessant ist, dass diese Kontroverse, wenn auch etwas anders akzentuiert, bereits 2015 stattgefunden hatte. Sie war eine Kontroverse zwischen Hans-Werner Sinn vom Ifo-Institut, der die ökonomischen Effekte der Flüchtlingszuwanderung sehr kritisch gesehen und Marcel Fratzscher von DIW, der den ökonomischen Nutzen der Zuwanderung betont hatte.<sup>[1]</sup> Heute findet eine solche Debatte wieder statt, aber es wird hier nicht Sinn in die Reihe der Lakaien des Kapitals gestellt, was unter Linken üblich ist, sondern der keynesianische Optimismus bezüglich der Zuwanderung von Flüchtlingen von Fratzscher (und dem Autor, der damals die Sicht von Fratzscher geteilt hatte) wird als Lakaiendienst für das Kapital gewertet.

### Die Kritik von Häring

Zur Kritik von Norbert Häring will ich eine allgemeine und zwei spezielle Bemerkungen machen.

Polemik verweist in der Regel darauf, dass der Autor wenig Vertrauen in die argumentative Stärke der eigenen Einwände hat und meint, hier ein wenig nachhelfen zu müssen. An keiner Stelle meines Textes habe ich die No Border-Ideologie verteidigt. Ich habe Ideologiekritik versucht, und die Sicht, Migration nütze in erster Linie den Unternehmen, als Versuch bezeichnet, eine migrationsoffene Linke, die überwiegend ethische, aber auch analytische (siehe unten) Überlegungen und Argumente für die Akzeptanz der Migration anführt, zu Lakaien des Kapitals zu machen. Das ist nicht nur polemisch, sondern absurd, weil die makroökonomischen Effekte von Zuwanderung zu mehr Wachstum und mehr Beschäftigung führen, und insofern den Unternehmen nützen.<sup>[2]</sup> Dass darüber hinaus den Unternehmen unmittelbar billige Arbeitskräfte nutzen, habe ich als trivial bezeichnet. Das ist so.

Zweitens habe ich darauf hingewiesen, dass im Umkehrschluss Flächentarifverträge den Unternehmen ökonomisch nutzen, obwohl eine Mehrheit der Unternehmen das inzwischen nicht mehr so sieht. Flächentarifverträge wirken als Nominallohnanker in einer durch Unsicherheit und flexible Wechselkurse bestimmten kapitalistischen Geldwirtschaft. Das verstehen Unternehmer, ebenso wie die sie ideologisch unterstützenden neoklassischen Ökonomen, nicht.

Mit einem nach unten starrem Lohnniveau wird die Tendenz zur Deflation gebremst. Auch hier wollen die Unternehmen Öffnungsklauseln für Abweichungen nach unten. Dass die Gewerkschaften Tarifverträge gegen das Kapital durchsetzen müssen und bereits seit den 1980er Jahren mit Tariffucht konfrontiert sind, zeigt, dass Unternehmen in einer einzelwirtschaftlichen Sicht befangen sind makroökonomisch falsch handeln.

Das gilt auch für die mitbestimmten und tarifgebundenen großen Unternehmen, die Mitbestimmung und Tarifvertrag akzeptieren, weil sie einzelwirtschaftlich damit gute Erfahrungen gemacht haben. Hinter diesem höheren Grad an Rationalität verbergen sich aber kein strategischer Plan oder gar makroökonomische Einsicht. Das ist auch nicht möglich, weil die Akteure in kapitalistischen Gesellschaften zwar bewusst handeln, aber ohne Bewusstsein über die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge unter denen sie handeln. Marx hat in seiner Analyse des kapitalistischen Gesamtkreislaufs gezeigt, wie sich ökonomische Zusammenhänge im Bewusstsein der Akteure falsch oder verdreht darstellen und dass diese Verdrehungen zugleich die Grundlage für die von ihm so genannte „Vulgärökonomie“ bilden<sup>[3]</sup>.

Häring wirft mir vor, ich würde den Staat als Handlanger des Kapitals verstehen. Nun sagt diese vulgärmarxistische These vom Staat als Instrument des Großkapitals mehr über Härings Denken aus als über meines. Ich habe nur einen tatsächlichen Vorgang beschrieben. Die Regierungen der großen kapitalistischen Staaten setzen sich für einen möglichst gering regulierten Freihandel ein, weil sie damit die Markt- und Profitbedingungen der einheimischen Unternehmen auf dem Weltmarkt verbessern wollen. Dazu müssen sich nicht Lakaien des Kapitals sein. Sie machen das, weil sie Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in ihrem Land fördern und dazu Handelsschranken abbauen wollen. Dafür werden Gutachten – überwiegend beim Ifo-Institut, weil das als freihandelsoptimistisch gilt – in Auftrag gegeben, die dies bestätigen.

Jahrzehntelang hat Deutschland dabei nicht akzeptiert, dass es faktisch ein Einwanderungsland ist, weil konservative Parteien ausreichend fremdenfeindlich waren, um dies nicht zugeben zu wollen.

Das gilt im Kern auch heute noch für große Teile der Unionsparteien und die AfD. Der Internationalismus galt nur für den auswärtigen Handel und für Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland. Er galt nicht für die notwendigen Folgen dieses Merkantilismus.

## Internationale oder nationale Wertschöpfung

Es gibt neomarxistische Diskurse, die von einem internationalen Kapitalismus und einer internationalen Wertbildung ausgehen und deshalb den Klassenkampf auch international führen wollen. Diese Analyse, die ich für falsch halte, ist wichtig, um zu verstehen, warum große Teile der sozialistischen Linken für offene Grenzen sind und warum das nicht als Moralismus verhöhnt werden kann.

Entgegen der These eines internationalen, quasi einheitlichen Kapitalismus haben wir noch eine nationale Wertschöpfung. Sie findet in den durch Nationalstaaten definierten Räumen statt, ist aber in die Weltwirtschaft durch weitgehend freien politisch nicht oder nur wenig regulierten Handel und internationale Wertschöpfungsketten eingebunden. Sowohl die historische Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise, wie ihre Verallgemeinerung nach 1989/90 haben zu weltweiter Arbeitsmigration geführt.

Zu einem großen Teil war das eine Migration wegen Armut, aber auch wegen Kriegen, politischer, ethnischer und religiöser Verfolgung. Die Herstellung eines kapitalistischen Weltmarkts wird missverstanden, wenn sie auf ein System von Aus- und Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen verkürzt wird. Dieser Prozess erzeugt wegen seines kolonialen und später imperialen Charakters Flucht und Migration. Zu meinen, den Warenhandel und internationale Wertschöpfungsketten ohne Migration auf der anderen Seite bekommen zu können, halte ich für naiv. Dass der deutsche Handelsmerkantilismus in besonderer Weise in anderen Regionen der Welt Arbeitslosigkeit erzeugt hat und dadurch Migration fördert, kommt dazu. Auch diejenigen, die den Freihandel grundsätzlich ablehnen, müssen zur Kenntnis nehmen, dass ihr Wunsch eine Utopie ist und vermutlich für längere Zeit bleiben wird.

Wir bewegen uns mit dieser Debatte aber nicht im fiktiven Raum einer Utopie. Nach wie vor gilt, was der Soziologe Stephan Lessenich so formuliert hat:

„Aus weltgeschichtlicher Perspektive tritt das Fragwürdige der von den politisch-ökonomischen Eliten formulierten „Wir“-Perspektive noch deutlicher heraus. Denn „wir“ leben keineswegs über *unsere* Verhältnisse. „Wir“ leben über die Verhältnisse *anderer*“.<sup>[4]</sup>

Solange das so bleibt, bleibt auch der Migrationsdruck und er kann nicht kleiner gemacht werden, indem er zu einem Plan des Kapitals versimpelt wird. Weil niemand von uns auf diesen diversen Weltforen in Davos, den Bilderbergkonferenzen oder der Group of Thirty dabei sein kann, bietet das einen Raum für allerlei wilde Spekulationen. Unternehmer müssen sich nicht auf einen Plan offener Grenzen verständigen, weil das zu ihren Klasseninstinkten gehört.

Sicher kann und sollte mit Verweis auf Keynes für eine Einschränkung des Freihandels und für die

Durchsetzung von Zolltarifen plädiert werden. Das würde die Wirtschaft in den Gesellschaften der europäischen Peripherie, in Asien, Afrika und Lateinamerika vor Importen schützen und ihnen eine möglichst autonome Entwicklung erlauben. Diese Gedanken von Keynes stammen aus dem Jahr 1931 und sind unmittelbar vor Bretton Woods 1944 erweitert und aktualisiert worden. Sie haben sich aber nicht realisieren lassen.

Ein liberaler Weltmarkt, wie er sich spätestens durch den Übergang auf flexible Wechselkurse durchgesetzt hat, ist dann auch ein Weltmarkt, der notwendig durch Migration geprägt wird. Aus einer keynesianischen Sicht sollte daher für eine stärkere politische Regulierung der Migration plädiert werden und der *Brain-Drain* durch Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte eingeschränkt werden. Es sollte nicht akzeptiert werden, dass andere, deutlich ärmere Gesellschaften die Qualifikationen finanzieren, die sich die Aufnahmeländer unentgeltlich aneignen. Auch, innerhalb der EU muss versucht werden, für grenzüberschreitende Tätigkeiten gemeinsame Lohn- und Arbeitsstandards durchzusetzen, was, wenn auch unzureichend, gegenwärtig auch versucht wird. Mit dem gesetzlichen Mindestlohn ist eine Untergrenze der Löhne durchgesetzt worden. Sie ist für Deutschland eindeutig zu niedrig. Nicht nur deshalb habe ich für einen höheren Mindestlohn plädiert. Zu einer solchen Regulierung gehört auch die Ausweitung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen

## Lohndruck durch Migration

Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, dass in überwiegend am Export orientierten Wirtschaftsgesellschaften durch Migration für bestimmte soziale Gruppen Nachteile resultieren. Einmal basiert der Lohndruck in den exportgetriebenen Wirtschaftsgesellschaften (hier: der deutsche Handelsmerkantilismus) auf der Einschränkung des Binnenmarkts durch Lohnzurückhaltung und staatliche Austeritätspolitik. Hinzu kommt, dass der Lohndruck auf den Arbeitsmärkten durch eine neoklassische Arbeitsmarktpolitik, also durch Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte zugenommen hat.

Dafür war aber nicht die Migration verantwortlich. Die Zeit mit dem schwächsten Lohnwachstum in Deutschland war im Zeitraum zwischen 1996 und 2007 zu beobachten. Dafür waren das Bündnis für Arbeit (bereits ab 1996), die hohe Arbeitslosigkeit nach 2001 und die Agenda 2010 verantwortlich. Mit der Zunahme der Zuwanderung von Arbeitskräften in Folge der Osterweiterung der EU ab 2011, als die Übergangsregelungen ausgelaufen waren, steigen die Löhne ab 2012 wieder im Rahmen des Produktivitätswachstums (plus Zielinflationsrate).

Auch das hat mit Migration nichts zu tun, sondern mit einer gestiegenen Verhandlungsmacht der Gewerkschaften und sinkender Arbeitslosigkeit. Die empirischen Befunde der Arbeitsmarktforschung über die Lohneffekte von Migration kommen übereinstimmend zum Schluss, dass dieser dort herrscht, wo beschäftigte Arbeitskräfte durch neue Arbeitskräfte ersetzt werden können. Dies trifft dann zu, wenn Ersetzbarkeit der Fall ist. Die empirischen Befunde sehen diese im untersten Lohnsegment der Arbeitsmärkte, also bei angelernten Arbeitskräften. Bei den darüber liegenden Segmenten kommt es eher zu *Unterschichtung*, was bedeutet, dass bereits Beschäftigte nach oben gehoben werden.<sup>[5]</sup>



## Ein neuer Paternalismus?

Wenn ich die aktuelle Debatte über die Folgen der Migration bewerte, so sehe ich in der Haltung eines Teils der politischen Linken, die Migration zu kritisieren bzw. zu verhindern zu versuchen, ein Zeichen eines paternalistischen Politikverständnisses. Diese Debatte geht nicht von abhängig Beschäftigten in den niedrigen Dezilen der Einkommenschichtung oder von den Armen aus. Der DGB hat den UN-Migrationspakt dagegen [am 7.12.2018 ausdrücklich unterstützt](#). Ein Teil der national eingestellten Linken versucht in dieser Kontroverse den Anwalt der Beschäftigten in den schlecht bezahlten Segmenten des Arbeitsmarkts zu spielen, um diese nicht vor neoliberaler Politik, sondern vor der Migration zu schützen.

Die „akademisch-gewerkschaftliche Elite“ in die ich in diesem Fall eingereiht wurde, hat hier einen Vorteil. Sie hat von Berufs wegen mit der Integration von ausländischen Arbeitskräften in Arbeitsmarkt, Betriebe und Gewerkschaften zu tun. In der großen Mehrheit der Fälle sind das Prozesse, die im betrieblichen Alltag durch Solidarität zwischen Ausländern und Einheimischen gekennzeichnet sind.

Es hat am Rand dieser Prozesse auch fremdenfeindliche, sogar rassistische Einstellungen gegeben. Warum sollten wir in den Gewerkschaften entgegen unseren Wertvorstellungen solche „niedrigen Instinkte“ unterstützen? Weil die dem Kapitalismus eigene Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten die Entstehung solcher Instinkte begünstigt? Mag sein. Für die Gewerkschaften ging es daher um die Entwicklung einer nicht nur betrieblichen und tarifpolitischen, sondern auch kulturellen Gegenmacht gegenüber dieser Konkurrenz. Internationale Solidarität ist nicht beendet, wenn Landesgrenzen überschritten werden. Es kann hier auch gesehen werden, dass es andere Orte und Räume für Identität gibt als den Staat, nämlich den Betrieb, die Gewerkschaften, den Stadtteil, indem miteinander gelebt wird.

## Rückfall in neoklassisches Denken?

In dieser Debatte in der politischen Linken über Migration wird ein neuer Akzent gesetzt. Konnten wir früher noch zwischen einer reformistischen und einer antikapitalistischen Linken unterscheiden, so kommt heute eine nationale und antimigrantische Linke dazu.

Zugleich sehen wir in der Frage der fiskalischen Kosten der Migration einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel. Wurden im keynesianischen Paradigma zusätzliche Staatsausgaben als positiv auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung wirkende Multiplikatoreffekte verstanden, so werden sie jetzt als Einschränkungen von Wachstum und Wohlstand gesehen. Das zeigt sich darin, dass Ausgaben für *die*, als Einschränkungen und Kosten für *uns* wahrgenommen werden. Im Kern zeigt das ein Denken in einem fixen Einkommensfonds, dem „Kuchen“, der nur einmal verteilt werden kann. Heiner Flassbeck hat diese Sicht als „völligen Unsinn“ bezeichnet ([hier](#)). Diese Sicht missversteht eine kapitalistische Ökonomie als Tauschwirtschaft.

Das markiert, auch wenn die Betroffenen das nicht intendieren, den Übergang in das neoklassische Paradigma. Ich werte das als Zeichen, dafür, dass die schrille und kontroverse Debatte, wie sie sich

im Umfeld der Linkspartei über diese Fragen entwickelt hat, auch auf Makroskop übergegriffen hat. Das können wir auch daran sehen, dass die innereuropäische Zuwanderung nach 2011, obwohl quantitativ groß und mit erheblichem Lohndruck in der Fleischindustrie, in der Bauwirtschaft und im Logistikgewerbe verbunden, damals kaum zu Diskussionen geführt hatte. Das Problem ist, dass keine der beiden Fronten dieses Streits in der Linkspartei recht hat. Daher ist es notwendig, beide Seiten zu kritisieren, um nicht als Lakai einer Seite instrumentalisiert zu werden.

---

**[1] Siehe: Michele Battisti u.a.: Einwanderung. Welchen Nutzen hat die einheimische Bevölkerung? In: Ifo-Schnelldienst Nr. 22-2015, Marcel Fratzscher u.a., Integration von Flüchtlingen- eine langfristig lohnende Investition, in: DIW--Wochenbericht 45-2015, Michael Wendl, Flüchtlingsmigration – ein konjunkturpolitischer Glücksfall, in: Sozialismus 2/2016**

**[2] Siehe: Zeitgespräch: Zuwanderung nach Deutschland – Probleme und Chance für den Arbeitsmarkt, in: Wirtschaftsdienst März 2014**

**[3] Damit hat Marx den Zusammenhang von Struktur (= gesellschaftliche Verhältnisse) und Handlung fixiert. Bei ihm erfolgen die Handlungen auf der Basis der Gesellschaftsstruktur und sind diesen nicht vorausgesetzt, wie das der methodologische Individualismus behauptet. Wenn von einem strategischen Plan des Kapitals gesprochen wird, geht das vom methodologischen Individualismus, also von einem bewussten Handeln der Kapitalisten aus, die damit die gesellschaftlichen Verhältnisse schaffen und die Welt zu steuern versuchen. Die handelnde Figur ist hier der homo oeconomicus.**

**[4] Stephan Lessenich, Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, München 2016, S. 64**

**[5] Siehe: Deutsche Bundesbank, Lohnwachstum in Deutschland: Einschätzung und Einflussfaktoren der jüngeren Entwicklung, in: Monatsbericht April 2018, Norbert Häring, Warum es so schwierig ist, die Auswirkungen von Migration auf die Löhne festzustellen, in: Handelsblatt vom 25.11.2018**

Veröffentlicht am: 18.12.2018

Erschienen unter: <https://makroskop.eu/2018/12/lakaien-eines-politischen-machtkampfs/>

## 13. Dezember 2018

Leserbrief zu „[Geschlossene Grenzen zur Steuerung der Migration?](#)“ von Michael Wendl

Ich habe lange überlegt, was ich von dem Beitrag halten soll, wird in diesem Artikel doch einiges, was sonst hier auf Makroskop zu lesen ist, zumindest ignoriert wenn nicht gar geleugnet. Die sehr empfehlenswerte [Replik von Norbert Häring](#) brachte mich nun doch dazu, meine Meinung kundzutun.

Vieles in Michael Wendls Artikel könnte ich auch zuvor schon einmal in der FAZ gelesen haben: Das leugnen jeglicher staatlicher Eingriffsmöglichkeiten und der Wirksamkeit von Ordnungsregularien zu Migrationssteuerung hat schon etwas stark fatalistisches.

Der Exkurs in die Geschichte macht es auch nicht besser, lässt er hierbei die heutige, sozialstaatliche Ausgestaltung völlig außen vor. Hier gilt, nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich. Nachdem zum Beispiel zuvor mehrmals die Auswirkung von Migration auf die Löhne bestritten wurde, „...nicht als wichtige Ursache des Lohndrucks“, wird diese dann als ein zu beseitigendes Problem benannt: „...ein zusätzlicher Lohndruck auf den Arbeitsmärkten in den Aufnahmeländern verhindert wird.“

Die ganze Hilflosigkeit des Artikel kumuliert dann zum Ende hin in dem mantrahaft vorgetragenen: „Dabei geht es nicht nur um die Effekte auf die demografische Entwicklung alternder Gesellschaften, sondern auch um die kulturelle Bereicherung, die Gesellschaften lebenswerter machen können.“

Es ist für mich befremdlich, wenn ein Gewerkschafter meint, die legitimen Interessen der eigenen Mitglieder nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene vertreten zu müssen/können, stattdessen das Hohelied der Globalisierung singt und mit völlig weltfremden Sankt-Nimmerleinstag-Lösungsansätzen – „Eine Frage, für die es innerhalb kapitalistischer Gesellschaft wie Deutschland und der Europäischen Union ausreichende politische und finanzielle Handlungsspielräume gibt. Eine zentrale Aufgabe ist dabei die Einschränkung und politische Regulierung des Welthandels und der Wechselkurse“ – aufwartet.

Zum großen Glück gibt es auf Makroskop andere, wesentlich bessere Artikel, Danke dafür. – **Mike Passoth**

---

## 12. Dezember 2018

Leserbrief zu „[Geschlossene Grenzen zur Steuerung der Migration?](#)“ von Michael Wendl

Sehr geehrter Herr Wendel,

ihren Artikel „Geschlossene Grenzen zur Steuerung der Migration?“ finde ich durch und durch unlogisch. Ihr Artikel belegt für mich ein weiteres Mal, dass die Linken in Deutschland, mit Ausnahme von Frau Wagenknecht, einfach rein gar nichts verstanden haben. Ich wollte eigentlich einen langen Leserbrief schreiben. Nun hat Herr Häring dazu sehr dezidiert Stellung genommen.

<https://makroskop.eu/2018/12/sind-no-border-linke-lakaien-des-kapitals/>

Seiner Stellungnahme schließe ich mich an, was diesen Leserbrief abkürzt. Das größte Problem ist nicht, dass der Neoliberalismus unsere Gesellschaft zersetzt, sondern, dass nahezu die gesamte Linke – oder was sich für Links hält – grenzenlos naiv und zu blöd ist, in die wahrlich offenen Flanken des Neoliberalismus zu fallen. Sie überlässt so Millionen enttäuschte und abgehängte Menschen den Rechten, in ganz Europa. Und das Volk überall wendet sich von den Linken ab. Einzige Ausnahme in Europa ist Corbyn. Das sollte der SPD und den Linken eigentlich zu denken geben.

Zum Schluss noch an das Makroskop Team. Ich finde es sehr gut, dass Makroskop zu den diversen Themen stets unterschiedliche Meinungen abbildet, etwas dass ich bei den Lei(d)medien schmerzlich vermisse. – **Jens Happel**

---

## 10. Dezember 2018

Leserbrief zu „[Geschlossene Grenzen zur Steuerung der Migration?](#)“ von Michael Wendl

Sicher gut, auf Makroskop auch sozusagen divergierende Meinungen lesen zu können. Wendls Beitrag reizt aber zum Widerspruch. Ich bin mir nicht klar, ob Wendl sich als Marxist bezeichnen würde, aber offensichtlich kennt er „seinen“ Marx recht gut. Und wie bei anderen Marxisten gibt es diese Kluft zwischen der teilweise treffenden Zustandsanalyse und der dann plötzlich irgendwie sich materialisieren sollenden „sozialistischen“ und/oder „internationalistischen“ Politik, gar einer ganz neuen sozialistischen Wirtschaftsordnung. Mit welchen Mitteln, auf welcher Basis und in welchem Rahmen sich das überhaupt durchsetzen soll – Leerstelle. Wir haben zum Beispiel seit 1973 (!) einen europäischen Gewerkschaftsbund – was bitte hat dieser Bund seitdem an europaweit gültigen sozialen Regeln durchsetzen können?

Andererseits der bemühte Versuch darzulegen, dass Marx recht hatte, recht hat und recht haben wird. Und an vielen Stellen garniert mit dem Diktum „es ist naiv...“.

Was unangenehm ist, wird lieber weggeblendet: „Trotzdem entspringt die Migration nicht einem strategischen ‚Plan‘ des Kapitals...“. Natürlich macht „das Kapital“ keine Pläne, aber verschiedene Organisationen desselben machen sehr wohl Pläne – oder wie ist es sonst wohl etwa zu der pompösen Unterzeichnung des „UN-Migrationspakts“ in Marrakesch gekommen?

Oder dieser Satz: „Die Vorstellung, der Nationalstaat könne die einheimischen Arbeitskräfte ... schützen ... ist naiv...“. Nur – wer soll sie bitte sonst schützen? Wer hat denn (noch) die Macht, da regelnd einzugreifen? Und wer regelt denn aktuell, eben meist nach Vorgabe der wirtschaftlichen und politischen Eliten? Das ist doch der Staat.

Und am Schluss der Klassiker, die „kulturelle Bereicherung“, die unsere „alternden Gesellschaften“ durch die Migranten erfahren würden. Dafür, das wird jedem einfachen Arbeiter und jedem „ausgepreisten“ Mieter klarzumachen sein, müssen halt Opfer gebracht werden. Möglicherweise ist Herrn Wendl gar nicht bewusst, wie sehr er mit diesem Text die These von der Abgehobenheit der Eliten (in diesem Fall der akademisch-gewerkschaftlichen) bestätigt.

— — —

Ich bin sehr für die menschenwürdige Aufnahme und Behandlung von Flüchtlingen, aber ebenso sehr gegen eine FÖRDERUNG von Migration, die am Ende weder den Ursprungs- noch den Zielländern helfen wird (beziehungsweise höchstens den Besitzenden hier wie dort). – **Peter Schulz**

---

Leserbrief zu „Geschlossene Grenzen zur Steuerung der Migration?“ von Michael Wendl

Klar. Herr Michael Wendl ist Soziologe und er hat von 1980 bis 2016 für die Gewerkschaften ÖTV und ver.di gearbeitet. Und er ist Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus.

Schön. Aber wenn er abschließend sagt, eine Migrationsplanung gäbe es nicht, dann sollte er sich mal die Entwicklung des UN-Migrationspaktes zur Gemüte führen. Seit 2007 arbeiten die UN daran. Und ab 2011 hat das Weltwirtschaftsforum – das für die Interessen aller Milliardäre und Konzerne eintritt und auf deren jährlichen Stelldichein-Treffen sich alle wichtigen Staatenlenker in Davos einfinden –, ja dieses Weltwirtschaftsforum hat ab 2011 massiv den UN-Migrationspakt befördert. Warum wohl?

Klar, aus weltweiter Migration entsteht Lohndruck, Absenkung der nicht marktkonformen Lohnstückkosten – und ja – mehr Konzerngewinn.

Heiner Flassbeck predigt schon seit Ewigkeiten, dass das nominale Lohnniveau in Deutschland viel zu gering ist, worunter die Resteuropäer stark leiden. Flassbeck sagt nicht umsonst, dass im starren Eurosystem der Lohn an die Produktivität gekoppelt werden muss.

Ich verstehe das so wie bei der INDEX-Miete. Würde sich automatisch der Index-Lohn der Produktivität des Unternehmens oder der gesamten Branche anpassen, bräuhete es auch bald keine Gewerkschaften mehr. Und auch keinen Mindestlohn, der ohnehin zu gering ist.

Und wie sieht es beim sogenannten „Fachkräfte-Zuwanderungs-Gesetz“ aus? Da weißt das Manager-Magazin darauf hin, dass das Blödsinn ist. Den gäbe es gar nicht.

Und wenn, was sind denn die Gründe dafür, dass z.B. ein Handwerker im Sanitärberich nicht diesen Beruf erlernen will? Es ist die „monatliche Ausbildungsvergütung“:

1. Lehrjahr = 675,-€
2. Lehrjahr = 686,-€
3. Lehrjahr = 761,-€
4. Lehrjahr = 798,-€

Ja, und was würde ein Lehrling verdienen, wenn er in der Industrie lernen würde? Circa 300-400 € mehr.

Also auch hier ist die Entlohnung der Grund für den sogenannten Fachkräftemangel. Und ein Gesetz, dass billige Migranten diese Lücke füllen, na wem nutzt das?

Aber zurück zur Frage: Gäbe es einen UN-Migrationspakt, wenn die Konzerne einen Index-Lohn für die Arbeitnehmerschaft zahlen müssten? Niemals. Denn das Ziel des UN-Migrationspaktes ist und bleibt die Absenkung des Lohnniveaus und die Spaltung, Zersetzung und Entsolidarisierung

der Gesellschaft. Wie soll denn auch Solidarität entstehen, wenn die Gesellschaft fragmentiert wird?

Glauben Sie weiter an das Gute der offen Grenzen für Arbeitssklaven und freien Kapitalverkehr auf die Cayman-Inseln. Wir brauchen einen starken Staat, der die Rahmenbedingungen zum Beispiel für einen INDEX-Lohn festsetzt. – **Kirsten Baum**